#### Kurzbericht

### Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

(28. - öffentliche - Sitzung am 22. Februar 2024)

#### Tagesordnung:

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Klinische Krebsregister Niedersachsen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3292

Der - federführende - Ausschuss schließt die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -Enthaltung: -

Die Beschlussempfehlung ergeht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen. Als Berichterstatterin für einen mündlichen Bericht wird die Abg. **Claudia Schüßler** (SPD) benannt.

 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Pflegeberufegesetzes und zur Ausbildung in der Pflege sowie Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes sowie des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 19/3368

Der Ausschuss bittet die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung zu dem Gesetzentwurf.

- a) Einsamkeit und soziale Isolation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkennen und Lösungskonzepte sowie Präventionskonzepte erarbeiten! Antrag der Fraktion der CDU - <u>Drs. 19/878</u> neu
  - b) Gemeinsam statt einsam: Gemeinschaft stärken landesweite Strategie gegen Einsamkeit entwickeln

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3371

Der Ausschuss stellt die abschließende Beratung der Anträge zurück, um zunächst noch interfraktionell über die Durchführung einer von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Anhörung zu befinden.

# 4. Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise

Der Ausschuss erörtert die Programmvorschläge für eine parlamentarische Informationsreise nach Österreich vom 9. bis 14. September 2024 und den möglichen Ablauf.

## 5. Unterrichtungswunsch

Der Ausschuss bittet die Landesregierung für die Sitzung am 29. Februar 2024 um eine Unterrichtung zu dem Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 19/3540 "Cannabislegalisierung stoppen, eine gesunde Entwicklung von Kindern und Gesellschaft fördern".